

Wie machen wir den 8. Mai als Tag der Befreiung am 80. Jahrestag zum arbeitsfreien Feiertag im Jahr 2025? Was heißt es für uns Gewerkschaften heute, die Befreiung zu vollenden?

Der aufhaltsame Aufstieg der deutschen Faschisten war gepflastert von: Weltwirtschaftskrise; Brüning's Kürzungs- und Notverordnungspolitik; imperialistischen Interessen des Großkapitals; Militarisierung; Untertanentum; Enttäuschung über die Arbeiter*innenparteien, Gewerkschaften und deren gescheiterte Einheitsfront; massenhaft Passivität und Rückzug ins Private; Nationalismus und Sozialdarwinismus; Antikommunismus und Hetze gegen Sündenböcke; Friedens- und Sozialdemagogie durch die Nazis.

Die Folge war ein weltweiter Eroberungs- und Vernichtungskrieg sowie der Völkermord an JüdInnen sowie Sinti und Roma, was über 60 Mio. Menschen das Leben kostete, davon allein 27 Mio. SowjetbürgerInnen. Der 8. Mai 1945 markierte mit der Kapitulation der Wehrmacht die Befreiung von dieser tiefsten Barbarei der Menschheitsgeschichte durch eine weltweite Allianz der Humanität aus KommunistInnen, SozialdemokratInnen und bürgerlichen Kräften, von GewerkschaftlerInnen und Pazifist*innen, Intellektuellen und Künstler*innen, Partisan*innen und Fluchthelfer*innen, Wehrmachtsdeserteuren und Mitgliedern der alliierten Streitkräfte von der Sowjetunion bis zu den USA. Diese Befreiung heute zu feiern, der Opfer zu gedenken und die noch unvollendeten Konsequenzen aus der Befreiung heute zu verwirklichen ist unser Anliegen!

Wofür wir als GewerkschafterInnen kämpfen als Lehre aus der Befreiung:

- Frieden durch diplomatische Konfliktlösung, Abrüstung und Antimilitarismus gegen „Zeitenwende“-Aufrüstung, Waffenlieferungen, Veteranentag und Wehrpflicht
- Sozialstaatsausbau, Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung gegen Reallohnsenkung, Haushaltskürzungen, Privatisierung, Schuldenbremse und Hetze gegen Arbeitslose
- „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“: Verwirklichung der demokratischen und sozialen Menschenrechte für alle!
- Klassenbewusster Internationalismus statt Nationalismus/„Burgfrieden“ („ArbeiterInnen aller Länder“ statt „Standort Deutschland“)
- Wiederherstellung des Asylrechts und Bekämpfung von Fluchtursachen statt Sündenbockhetze gegen Geflüchtete
- 8. Mai als Tag der Befreiung zum arbeitsfreien Feiertag ab 2025 (80. Jahrestag)
- Einheit der Arbeiter*innenbewegung und aller progressiven Kräfte

Vorgehen/Vorhaben:

Der Arbeitskreis Antirassismus in ver.di Hamburg hält zum einen eine erneute politische Initiative für nötig, um den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erreichen. Wann, wenn nicht 2025, zum 80. Jahrestag der Befreiung, wäre dafür der geeignete Zeitpunkt? Zum anderen möchten wir die Diskussion innerhalb von ver.di über die notwendigen Lehren aus der Befreiung beleben.

- **Wir schlagen dem Landesbezirksvorstand vor, erneut auf den Hamburger Senat und die demokratischen Bürgerschaftsfraktionen zuzugehen und sie aufzufordern, den 8. Mai zumindest 2025, anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, zum arbeitsfreien gesetzlichen Feiertag in Hamburg zu machen. Ziel bleibt der 8. Mai als dauerhafter arbeitsfreier gesetzlicher Feiertag.**
- Diskussion innerhalb der Gewerkschaft (mit diesem Konzept, Veranstaltungen etc.)
- Austausch mit DGB-Bundesebene und ZAKO (Zentraler Arbeitskreis Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus in ver.di) für bundesweite Aktivitäten für einen Feiertag

Veranstaltungsideen

1) Arbeiter*innenwiderstand im Dritten Reich und Konsequenzen aus der Befreiung am 8. Mai 1945 für heute

mit Ulrich Schneider (Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer und aktiv im Zentralen Arbeitskreis Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus in ver.di) und N.N. (Landesleitung ver.di Hamburg)

Fragestellung: Mit welcher Perspektive für den „Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ haben die Akteure der ArbeiterInnenbewegung Widerstand gegen den Faschismus geleistet? Wie sollten Arbeit und Wirtschaft, Demokratie, Kultur, Außenpolitik etc. aussehen? Was waren die umgesetzten, was die uneingelösten Konsequenzen und Hoffnungen nach der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945? Wie machen wir diese uneingelösten Konsequenzen aus der Befreiung zur Richtschnur heutiger Gewerkschaftspolitik gegen Krieg, Sozialabbau und Aufstieg der Rechten?

2) Internationale der Befreiung: Wie feiern fortschrittliche Kräfte in Frankreich die Befreiung vom Faschismus? Was lernen wir daraus für den gemeinsamen Kampf gegen Rechts heute?

*mit einer Vertreter*in der französischen Gewerkschaft CGT und/oder einer französischen Widerstandsvereinigung*

Hintergrundinformationen zur gewerkschaftlichen Befreiung in Hamburg



Paul Bebert, Hamburger Gewerkschaftshaus, 14.9.1945:

„Mit meinen Hammerschlägen werde ich die Giftzeichen des Nationalsozialismus von der geistigen Waffenschmiede der Hamburger Arbeiterschaft entfernen. Möge diese symbolische Handlung mit zu der Erkenntnis beitragen, dass das Gift der Nazi-Propaganda restlos aus dem deutschen Volk beseitigt werden muss. Denn nur auf diesem Wege der Entwicklung werden wir zu einem wahrhaft freien, demokratischen Deutschland kommen.“

Erfahrungsbericht über die erste Gewerkschaftsgründung in Hamburg nach der Befreiung, von Hellmut Kalbitzer, antifaschistischer Widerstandskämpfer und Gründungsmitglied des Neuaufbaus von Gewerkschaft und SPD in Hamburg:

„Wir diskutierten den englischen Bescheid und entschieden, wenn schon nicht eine Partei, dann gründen wir eben eine Gewerkschaft. Diese Entscheidung war für uns selbstverständlich, denn es war die einzige Möglichkeit, nach 12 Jahren endlich wieder demokratische Öffentlichkeit herzustellen. So hatte sich das Blatt gewendet: als die Gehetzten von gestern, traten wir jetzt auf mit dem Anspruch, die Interessen unseres Volkes gegenüber den Siegern zu vertreten. Zwar

waren wir befreit, aber wir beanspruchten vom Augenblick der Befreiung, das Sprachrohr der Besiegten zu sein. Unser Widerstand gegen die Nazis war unsere Legitimation. [...]

Am nächsten oder übernächsten Tag fand in einem der Erdgeschoßräume die offizielle Gründung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft statt. Adolph Schönfelder, der damalige Senior der Hamburger Arbeiterbewegung, rief in seinem Grußwort zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf. [...]

In den folgenden Tagen strömten tausende Arbeiter zum Gewerkschaftshaus, um Mitglied zu werden und um mit uns über die Zukunft zu diskutieren. Sie waren zerlumpt, hungrig und ausgemergelt und setzten ihre ganze

Hoffnung in uns. Nach einem Monat hatten sich fast 50.000 Arbeiter und Angestellte bei uns gemeldet. Es war ein Phänomen, daß so viele Menschen, wenige Tage nach dem Zusammenbruch, bereit waren, uns Vertrauen zu schenken. Ich war überwältigt von soviel Zustimmung nach 12 Jahren Isolierung und politischer Einsamkeit. Es war der schönste Lohn für unsere konspirative Arbeit! Die Menschen begannen wieder eigene Interessen und Ideen zu fassen und zu artikulieren. Sie tauchten wieder auf aus der sprachlosen »Volksgemeinschaft«.

(Hellmut Kalbitzer, „Widerstehen oder Mitmachen. Eigen-sinnige Ansichten und sehr persönliche Erinnerungen“, 1987, S. 98ff)

Erstes Programm der mit den Briten abgestimmten Gewerkschaftsneugründung in Hamburg unter dem Namen ‚Sozialistische Freie Gewerkschaft‘ am 8. Mai 1945:

„Unsere Ziele im öffentlichen Leben

a) Wirtschaft

Sicherung einer menschenwürdigen Existenz für alle durch Vollbeschäftigung und ausreichende Unterstützung für alle Arbeitsbeschränkten. Verstaatlichung der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen, insbesondere Bergbau, Hüttenbetriebe, Konzerne der Metallverarbeitung und Chemie, Transport, Öffentliche Dienste, Banken und Versicherungen. Überführung des Großgrundbesitzes und Baulandes in Öffentliches Eigentum. Organisierung des Wohnungsbaues, Förderung der ländlichen Siedlungen Leitung des Arbeitsamtes durch die Gewerkschaften.

Staatskontrolle des Außenhandels

Förderung des Genossenschaftswesens in Industrie, Landwirtschaft und Handel.

Sofortmaßnahmen

Die Übernahme der von den Nazis geraubten Arbeitergenossenschaften durch die Gewerkschaft.

Rückerstattung des Vermögens der Arbeiterorganisationen und Arbeiterbetriebe aus dem Vermögen der Nazi-Organisationen.

Aufrechterhaltung der Rationierung bis zur Wiederherstellung ausreichender Versorgung.

Preisstop.

Strengste Bestrafung des Schwarzhandels.

Vorläufige Fortführung des Reichsnährstandes zwecks Sicherstellung der Ernährung. Die Gewerkschaft delegiert Vertreter in den Reichsnährstand zwecks Kontrolle.

Wiederaufbau und Umstellung der Industrie auf Erzeugung von Konsumgütern.

Großzügige Aufnahme der Aufräumungs- und Bauarbeiten bis zur Durchführung eines Wohnungsbauprogramms. Beschlagnahme aller Großwohnungen und Aufteilung des Wohnraums an wohnungslose ehemalige politische Gefangene, Kriegsbeschädigte und Bombengeschädigte, soweit sie Antinazis sind.

Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften.

b) Politik

Ausrottung der Nazis, ihrer Ideologie und des Militarismus. Absetzung und Bestrafung aller Richter und Staatsanwälte, die Terrorurteile gefällt haben.

Bestrafung aller Generäle, die nach dem 20.7.1944, trotz besseren Wissens um die militärische Lage Deutschlands, den Krieg fortgesetzt haben.

Aufbau einer volksnahen Rechtspflege.

Kontrolle der Sportorganisationen durch die Gewerkschaft, um die Bildung von Keimzellen nationalsozialistischer und militaristischer Art zu verhindern.

Staatliche Anerkennung der SFG.

Friedenspolitik.

Erziehung der Jugend zu den Idealen der Völkerverständigung, Menschenwürde und persönlichen Freiheit.“

(zitiert nach: Bärbel von Borries-Pusback, „Keine Hochschule für den Sozialismus. Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945-1955“, 2002, S. 51)

Entschließung zum Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte in der Wirtschaft, angenommen von der 2. Interzonenkonferenz der Deutschen Gewerkschaften in Hannover, 18./19. Dezember 1946:

„Das Wohl der Werktätigen, die Sicherung des Friedens, die Freiheit der Persönlichkeit und die Demokratie können nur dann gesichert werden, wenn der Neuaufbau der deutschen Wirtschaft auf demokratischer Basis durch wirksamen, unmittelbaren Einfluß der Gewerkschaften und Betriebsräte erfolgt. Zwei Weltkriege haben den Beweis erbracht, daß die zum Krieg treibenden Kräfte in Deutschland in der Zusammenballung der Kapitalmächte in Monopolen, Kartellen, Konzernen und Trusts und in dem Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung zu suchen ist. [...]

Die Gewerkschaften fordern daher das paritätische Mitbestimmungsrecht in allen Zweigen der Wirtschaft. Für die Betriebsräte sind durch Beschluß entsprechender Betriebsvereinbarungen auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Produktion, der Kalkulation, Kontrolle und Warenverteilung. Die Entmachtung der Monopole, Kartelle und Konzerne gemäß den Potsdamer Beschlüssen ist dringend notwendig, damit eine dem Frieden dienende Nachkriegsproduktion für alle Zeiten gesichert ist.“